

Von Haushaltslöchern und Wurstvorräten

Gastkommentar in der Badischen Zeitung vom 22.5.2004

Und wieder brachte die Steuerschätzung eine Hiobsbotschaft: In den Staatskassen fehlen 61 Milliarden Euro.

Von der Regierung ist plötzlich zu hören, dass sie von ihrem Kurs des Schuldenabbaus „vorübergehend“ abrücken will. Eine Kehrtwende um 180 Grad. Begründung: Würde man jetzt sparen, dann würde man Deutschland noch tiefer in die Rezession stürzen.

Dies kommt Ihnen bekannt vor? Kein Wunder. Es ist seit dreißig Jahren das Argument aller Politiker, die ihren Sparkurs aufgeben wollten.

Wenn die Politiker ehrlich argumentierten, würden sie zwischen zwei Arten von Defiziten unterscheiden: dem konjunkturellen und dem strukturellen Defizit.

Nehmen wir einmal an, der Staatshaushalt wäre in einem normalen Jahr ausgeglichen; die Steuereinnahmen sind also genauso hoch wie die Staatsausgaben.

Nehmen wir nun an, im Folgejahr kommt eine Rezession. In der Rezession ist das Wachstum negativ. Die Unternehmensgewinne sind geringer, und mehr Menschen sind arbeitslos. Dadurch fließen weniger Gewinn- und Einkommensteuern an den Staat. Wenn der Staat in dieser Situation seine Ausgaben nicht kürzt, gibt er mehr aus, als er einnimmt. Es entsteht ein konjunkturelles Defizit. Ein solches Vorgehen ist sinnvoll, weil die gleichbleibende Staatsnachfrage die Konjunktur stabilisiert.

Umgekehrt gilt im Aufschwung: Gewinne und Einkommen steigen, so dass der Staat mehr Steuern einnimmt. Wenn er seine Ausgaben konstant hält, entstehen Überschüsse. Mit diesen Überschüssen kann und sollte er die in der Rezession entstandene Verschuldung wieder abbauen. So weit die Theorie.

Das Problem ist nur, dass sich die Politiker anders verhalten. Im Aufschwung werden die Defizite aus der Rezession nicht abgebaut. Denn die Politiker lassen sich von den Steuermehreinnahmen dazu verleiten, mehr auszugeben, um sich bei den Wählern beliebt zu machen. Der Ökonom Schumpeter sagte einst: „Eher legt ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Politiker einen Überschuss bildet.“

Der Ausgleich des konjunkturellen Defizits in guten Zeiten klappt also nicht. Er scheitert am fehlenden Rückgrat der Politik. Auf die heutige Zeit angewendet: Das Versprechen der Politik, den Schuldenabbau ab dem nächsten Aufschwung wieder anzustreben, ist nicht glaubwürdig.

Viel schlimmer noch ist: Wir haben heute nicht einmal eine Rezession, sondern ein wenn auch geringes Wachstum. Wir haben keine vorübergehende Konjunkturschwäche, sondern eine anhaltende, fundamentale Wachstumsschwäche.

Dies lenkt den Blick auf ein anderes Defizit: Unabhängig von der Konjunktur, also unter Hinausrechnung aller konjunkturellen Schwankungen haben die Politiker über die vergangenen dreißig Jahre jedes Jahr mehr ausgegeben als eingenommen. Da die Ursache in dem langfristigen – strukturellen – Missverhältnis zwischen Steuereinnahmen und Staatsausgaben liegt, spricht man von strukturellem Defizit.

Wesentliche Elemente des strukturellen Defizits sind die Lasten aus der Wiedervereinigung; die verschleppte Reform bei den Sozialversicherungen, die aus dem Bundeshaushalt jährlich mit zig Milliarden Euro subventioniert werden müssen; gigantische Subventionen an marode Branchen wie den Kohlebergbau usw.

Das strukturelle Defizit hat in Deutschland inzwischen Dimensionen angenommen, die die Unternehmen und Konsumenten stark verunsichern. Die stellen ihre Investitionen und größeren Konsumausgaben aus Zukunftsangst zurück. So ist das strukturelle Defizit für die Wachstumsschwäche mit verantwortlich.

Auf die Frage, ob man heute den Schuldenabbaukurs beibehalten sollte, kann es nur eine Antwort geben: Ja! Denn erstens ist die Politik unglaubwürdig, wenn sie sagt, dass sie bei höherem Wachstum wieder sparen will. Zweitens haben wir kein kurzfristiges Konjunktur-, sondern ein anhaltendes Wachstumsproblem. Und in dieser Situation kann nur eine konsequente längerfristig angelegte Sanierung der Staatshaushalte das Vertrauen der Bevölkerung in die wirtschaftliche Zukunft wiederherstellen und damit die Voraussetzung für ein höheres Wachstum schaffen.

Dr. habil. Lüder Gerken, Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für Ordnungspolitik